



# Bundestags- brief

Nr.260 • Die Woche im Bundestag • 17.01.2020



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika  
Grütters MdB**

Tel.: 030/227 70222  
Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@  
bundestag.de

[www.monika-gruetters.de](http://www.monika-gruetters.de)

## Deutscher Bundestag entscheidet über Reform der Organspende

Am gestrigen Donnerstag, 16. Januar 2020, hat der Deutsche Bundestag über die Reformvorschläge zur Organspende entschieden. Mit der sogenannten „Widerspruchslösung“ und der „Zustimmungslösung“ standen zwei unterschiedliche Konzepte zur Wahl, die jeweils im Rahmen fraktionsübergreifender Gruppenanträge erarbeitet wurden. In der Schlussabstimmung konnte die Zustimmungslösung mit 432 Stimmen eine deutliche Mehrheit erzielen.

Ich habe mir die Entscheidung über die zukünftige Regelung der Organspende nicht leicht gemacht, mich aber doch voller Überzeugung für die „Zustimmungslösung“ entschieden. Für mich ganz zentral ist, dass die Organspende eine bewusste, informierte Entscheidung und eine selbstbestimmte Einwilligung braucht. Ich selbst bin seit Jahrzehnten schon als Organspenderin registriert und werbe immer wieder engagiert dafür, dass sich Menschen zur Organspende bereit erklären.

Der Tragweite und Bedeutung dieser Entscheidung wird eine Regelung nicht gerecht, wenn sie wie bei der sogenannten „Widerspruchslösung“ auch jenen Menschen eine Zustimmung unterstellt, die sich mit dem Thema nicht befassen wollen. Für mich darf Schweigen nicht als Zustimmung gewertet werden. Manche Menschen können oder wollen sich nicht mit der Organspende auseinandersetzen. Bei der Anhörung wurde deutlich, dass sich auch Betroffene eine echte „Spende“ wünschen, dass eben die Spenderin oder der Spender in eine Organentnahme aktiv eingewilligt hat.

Immer wieder werden als angeblicher Beleg für die Effektivität der Widerspruchsregelung Vergleichszahlen aus anderen Ländern angeführt. Diese sind aber bei genauerer Betrachtung nur bedingt aussagekräftig:

Eine 2019 veröffentlichte Studie der renommierten Fachzeitschrift „Kidney International“, in der 35 OECD-Länder verglichen wurden, stellt fest: Es gibt keine signifikanten Unterschiede in den Organspenderaten zwischen Ländern mit Widerspruchs- und Ländern mit Zustimmungregelung.

Tatsächlich sind wichtige Voraussetzungen für eine lebendige Kultur der Organspende eine gute Organisation sowie das Vertrauen der Menschen in das System der Organspende. Der beste Beleg für gute Organisation, Transparenz und Vertrauen ist Spanien, das seit einigen Jahren die weltweit höchsten Spenderaten aufweist. 1979 hatte Spanien ein Transplantationsgesetz mit Widerspruchsregelung eingeführt, aber erst ab den 1990er Jahren stiegen die Organspendezahlen stark an. Das fällt zusammen mit der 1989 geschaffenen staatlichen Nationalen Transplantationsbehörde (ONT), die seitdem die Koordinierung und Organisation der Organspende im Land übernimmt. Der Verlust von Vertrauen führt hingegen zu einem Sinken der Spenderzahlen, wie wir es 2012 in Folge des Allokationsskandals in Deutschland leider erleben mussten. Auch die Zuschriften vieler Bürgerinnen und Bürger im Moment zeigen, dass viele Menschen gerade in medizinisch-ethischen Fragen beteiligt werden und selbst entscheiden möchten. Deshalb bin ich weiterhin der Überzeugung, dass wir das Vertrauen der Bevölkerung beschädigt hätten, wenn wir nicht den aktiven freien Willen zum Maßstab für eine Organspende gemacht hätten.

Ich respektiere, dass viele Mitglieder des Deutschen Bundestages angesichts dringend benötigter Spenderorgane bei der Befragung ihres Gewissens am Ende zu einer anderen Entscheidung gekommen sind. Für mich bleibt es eine Frage, die jeder Mensch bewusst, selbstbestimmt und informiert nur für sich selbst treffen kann.

### **Außenpolitisch schwierige Lage**

Die letzten Wochen und Tage im Nahen und Mittleren Osten haben uns alle den Atem anhalten lassen.

Wir denken an die unschuldigen Opfer des Flugzeugabschusses in der Nähe von Teheran. Die anfänglichen Versuche, dies zu vertuschen, haben die Glaubwürdigkeit der iranischen Führung nach innen und nach außen auf das Schwerste beschädigt.

Jetzt gilt es, mit diplomatischen Mitteln die Irankrise so zu entschärfen, dass wieder mehr Ruhe in die Region einkehren kann. Dies ist ein mühsamer Weg.

Alles, was zu weiteren Auseinandersetzungen führen kann, muss jetzt vermieden werden. Provokationen wie die Festnahme des britischen Botschafters führen zu weiteren Spannungen mit dem Iran.

Dennoch bemüht sich Europa weiter, durch die Rettung des Nuklearabkommens für Entspannung zu sorgen. Dies kann aber nur gelingen, wenn der Iran seinen Verpflichtungen nachkommt.

Ganz in der Nähe Europas, in Libyen, hat sich die Lage in den letzten Wochen weiter zugespitzt. Wir unterstützen die Bundesregierung bei ihrem Versuch, im Rahmen des Berliner Prozesses für Frieden zu sorgen.

Wir rufen alle Staaten, die an diesem Konflikt direkt oder indirekt beteiligt sind, auf, mit dafür zu sorgen, dass der Bürgerkrieg beendet werden kann und in Libyen Frieden einkehren kann.

### **Sicherer Radverkehr im Straßenverkehr**

Mit einem Antrag fordern die Koalitionsfraktionen die Bundesregierung auf, die „Vision Null“, also das Ziel einer vollständigen Vermeidung von Verkehrstoten als Leitgedanken in die Straßenverkehrsordnung (StVO) aufzunehmen. Hierzu sollen etwa solche verkehrspolitische Maßnahmen durchgesetzt werden, die Risiken für Radfahrer verringern und insbesondere auch die hohe Zahl von Rechtsabbiege-Unfällen adressiert.

### **Anstieg der Erwerbstätigkeit setzt sich fort**

Im Jahresdurchschnitt 2019 waren rund 45,3 Millionen Personen in Deutschland erwerbstätig. Damit lag die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2019 um 402 000 Personen oder um 0,9 % höher als im Vorjahr.

Damit setzte sich der nun seit 14 Jahren anhaltende Anstieg der Erwerbstätigkeit weiter fort. Allerdings ist die Dynamik leicht abgeschwächt, im Jahr 2018 hatte die Zuwachsrate noch 1,4 % betragen.

Eine gesteigerte Erwerbsbeteiligung der inländischen Bevölkerung sowie die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte überwogen die Effekte des demografischen Wandels.

Somit wurde im Jahr 2019 die höchste Erwerbstätigenzahl seit der Wiedervereinigung erreicht. Der stärkste Anstieg bei der Zahl der Erwerbstätigen ist im Dienstleistungssektor zu finden. Die Zahl der Selbstständigen sank dagegen um 1,7 %.

*(Quelle: Destatis)*

### **Vor 30 Jahren: Sturm auf die Stasi-Zentrale**

Am 15. Januar 1990 nahmen Demonstranten das Gebäude des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin, die Stasi-Zentrale in der Normannenstraße, in Besitz.

Schon Anfang Dezember 1989 waren etwa mit der „Runde Ecke“ in Leipzig Objekte der Staatssicherheit besetzt worden. Mit der Erstürmung und Besetzung des Gebäudekomplexes in der Normannenstraße wollten die Demonstranten die weitere Vernichtung der Stasi-Akten durch die Mitarbeiter der Staatssicherheit der DDR dauerhaft unterbinden.

Die gesicherten Akten wurden die Grundlage für die Tätigkeit der Behörde des Sonderbeauftragten der Bundesregierung für die Stasi-Unterlagen. Sie nahm mit dem ersten Beauftragten, dem ehemaligen Rostocker Pfarrer und späteren Bundespräsidenten Joachim Gauck am 4. Oktober 1990 ihre Tätigkeit auf.

*(Quelle: Stasi-Museum; BStU; Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer)*